

Sozialverbände üben Kritik

Stuttgart (dpa/lsw). Durch die Lockdown-Einschränkungen sind Menschen mit Behinderung im Südwesten laut Sozialverbänden zunehmend isoliert. Sie fordern deshalb, wieder mehr Kontakte zu ermöglichen und die Aussicht auf Lockerungen nicht immer weiter aufzuschieben. Eine selbstbestimmte Teilhabe sei aus Sicherheitsgründen für Menschen mit Behinderung meist nicht mehr möglich, teilte Björn Vissering, Vorsitzender der Lebenshilfe Baden-Württemberg, mit. Doch für alternative Kontaktmöglichkeiten fehle Menschen mit Behinderung Hardware, Software, Schulung und regelmäßige Assistenz, beklagte er.

Hinzu komme laut Vissering, dass Menschen mit Behinderungen erleben müssen, wie in Aussicht gestellte Lockerungen immer wieder nicht eintreffen. „Diese erlebte Aussichtslosigkeit ist zusätzlich stark belastend und mit Ängsten behaftet“, sagt er.

Auch der Vorsitzende des Sozialverbands VdK Baden-Württemberg, Hans-Josef Hotz, betonte, es dürfe nicht wie im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 zu Besuchsverboten und Ausgangssperren kommen. Hotz: „Die Gefahr der Vereinsamung und schwerer psychischer Schäden bei Betroffenen und die Gefahr irreversibler Schäden bei Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und demenziellen Erkrankungen wäre hier zu groß.“ Es sei deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, direkte

zwischenmenschliche Kontakte zu ermöglichen. Es sollten viele kostenlose Testungen angeboten werden.

Für Vissering sind auch die Corona-Impfungen von Bedeutung. Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen solle so schnell wie möglich ein Impfangebot durch mobile Impf-Teams gemacht werden. Er fordert zudem, pflegebedürftige Menschen mit Behinderung in die höchste Risikogruppe aufzunehmen. Generell sehen die Verbände die Corona-Maßnahmen für sinnvoll an. Sollte das Infektionsgeschehen auch mit Blick auf die Mutationen weiterhin gefährlich sein, spreche man sich für eine Verlängerung des Lockdowns und auch für eine weitere Maskenpflicht aus, hieß es.